

Favoriten + Zeitungsansicht Drucken Schliessen

Zwischen Weser und Rhein

Verfassungsgericht urteilt über "Kommunal-Soli"

Rechtsstreit: 70 NRW-Kommunen haben geklagt. Morgen verkünden die Richter ihre Entscheidung

Münster (Inw). Im Streit um den "Kommunal-Soli" verkündet der NRW-Verfassungsgerichtshof in Münster am Dienstag sein Urteil. Mehr als 70 Kommunen haben geklagt. Der Konflikt zwischen der Landesregierung und zahlreichen betroffenen Städten und Gemeinden dreht sich um die Frage, wie weit das Land in die kommunale und vom Grundgesetz her garantierte Finanzhoheit eingreifen darf.

Dabei geht es um eine von Innenminister Ralf Jäger (SPD) eingeforderte Solidarität unter den Städten. Das Land Nordrhein-Westfalen verlangt von den reicheren Kommunen eine solidarische Hilfe zur Entschuldung der finanziell schwächeren Städte und Gemeinden. Pro Jahr sollen sie rund 90 Millionen Euro als sogenannten Kommunal-Soli einzahlen.

Nicht nur die Kläger sind gegen den Kommunal-Soli, auch die CDU-Opposition lehnt den Zwangsbeitrag weiterhin grundsätzlich ab. "Durch den Kommunal-Soli wird die Armut in den Kommunen lediglich verallgemeinert", kritisiert der Vizevorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, André Kuper (Rietberg).

Ob der Verfassungsgerichtshof diese Meinung teilt, blieb vor vier Wochen bei der mündlichen Verhandlung offen. Dass die Klage der finanzkräftigeren Kommunen scheitern könnte, wurde aber deutlich: Gerichts-Präsidentin Ricarda Brandts stellte klar, dass vom Land festgelegte Umlagen nicht grundsätzlich gegen die Verfassung verstoßen. Generell dürfe das Land den Kommunen Mittel unter bestimmten Bedingungen entziehen. Mit Blick auf den "Kommunal-Soli" sagte sie, dass der Eingriff in die Finanzhoheit der Kommunen gerechtfertigt sei, wenn die Gemeinden ihren Kernaufgaben trotz der Soli-Zahlung weiterhin nachkommen könnten.

Das 2011 vom Landtag verabschiedete Gesetz zum "Kommunal-Soli" sieht vor, dass die finanzkräftigeren Kommunen seit 2014 pro Jahr gut 90 Millionen Euro beisteuern, um den finanzschwächeren zu helfen. 2015 haben Monheim (22,6 Mio Euro) und Düsseldorf (18,9 Mio) zweistellige Millionen-Beträge in die Umlage eingezahlt. Weitere Top-Zahler waren Ratingen (5,4 Mio), Verl (4,0 Mio), Halle/Westfalen (2,9 Mio) und Langenfeld (2,9 Mio). Zehn weitere Kommunen zahlen jeweils über eine Million Euro ein.

© 2016 Neue Westfälische
07 - Gütersloh, Montag 29. August 2016